

Berliner Hypothekbank Akt.-Ges.

In der heutigen ordentlichen Generalversammlung übte ein Bankier aus Frankfurt a. M. an der Jahresrechnung für 1915 Kritik, indem er dabei seinem Unwillen über die schon für 1914 vorgenommene Kürzung der Dividende um 2 pCt. und über die Aufrechterhaltung dieser verkürzten Dividende auch für 1915 Ausdruck verlieh. Er verdichtete seine Ausführungen zu dem Antrage, die Dividende um 1 pCt. auf 5½ pCt. zu erhöhen.

Das Vorstandsmitglied Geheimer Staatsrat Budde nahm zu den Ausführungen und dem Antrage des Aktionärs in folgender Weise Stellung: Er könne das Interesse und den Wunsch der Aktionäre nach einer höheren Dividende durchaus verstehen und billigen. Ist es doch von Anfang an das Bestreben der jetzigen Verwaltung gewesen, die Dividende nach Möglichkeit zu erhöhen, um die Aktionäre wenigstens etwas für die großen Verluste zu entschädigen, die sie jahrelang erlitten haben. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, mit der Dividenden-erhöhung nicht so schnell vorzugehen und mehr Reserven zu stellen, und man hätte dies wohl auch sicher getan, wenn man hätte voraussehen können, welche Entwicklung die wirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich der Terrain- und Baumarkt, nehmen würden, wenn man hätte ahnen können, daß Deutschland in einen Weltkrieg verwickelt werden würde. Wenn der Aktionär auf die Preussische Hypothekbank hinweise und namentlich darauf, daß diese ihre Dividende aufrechterhalte, so müsse er doch darauf aufmerksam machen, daß es dieser Bank gelungen ist, die aus ihrer früheren Verwaltung übernommenen Terrains zu liquidieren oder wenigstens an eine potente Terraingesellschaft abzustoßen. Auch die Berliner Hypothekbank war bestrebt, die von der früheren Verwaltung übernommenen Terrains, an denen sie allerdings nur indirekt über die Immobilien-Verkehrsbank und durch Hypothekenbesitz beteiligt ist, abzustoßen, aber leider ist ihr die Beendigung dieser Liquidation infolge der ungünstigen Gestaltung des Terrain- und Baumarktes nicht möglich gewesen. In Abrede müsse er stellen, daß die Verwaltung der Berliner Hypothekbank jemals diese etwa 7—8 Millionen ausmachenden Hypotheken als mündelsicher bezeichnet habe. Zutreffend ist, daß sie die auf dem Sportpalast eingetragene Hypothek von 2,1 Mill. M., die in jener Summe mit enthalten ist, als mündelsicher bezeichnet hat und dies mit gutem Grunde und mit voller Berechtigung. Schon in 1911 und auch noch heute wird nämlich der Wert des Terrains allein bereits auf 3 Mill. M. geschätzt und die auf ihm errichteten Bauten haben einen Aufwand von 4 Mill. M. erfordert. Daß das Sportpalastunternehmen gescheitert ist, sei nicht Schuld der Verwaltung der Bank, sondern Schuld daran ist, daß im Laufe der Zeit die polizeilichen Vorschriften für derartige Gebäude, wie es der Sportpalast ist, so verändert und verschärft wurden, daß der Sportpalast zu den Zwecken, denen er ursprünglich dienen sollte, nicht mehr zu verwenden ist. Die Bankverwaltung war wegen seiner Verwertung mit Prof. Reinhardt in Verbindung getreten, und die mit ihm vorbereiteten Abmachungen waren so gut wie abgeschlossen, als die Polizei einen Strich durch die ganze Rechnung machte. Der Sportpalast hätte, wenn der Vertrag mit Reinhardt ausgeführt werden sollte, einem ausgedehnten Umbau unterworfen werden müssen, der etwa 2 Millionen Mark erfordert hätte. Hierzu konnte sich aber die Bankverwaltung nicht verstehen. Infolgedessen steht der Sportpalast leer, die Hypothek ist notleidend und die Zinsen in Höhe von 90 000 M. mußten natürlich abgeschrieben werden. Alles dies konnte man nicht voraussehen. Unter der Ungunst der Zeitverhältnisse hat, wie jede andere Terraingesellschaft, die Immobilienverkehrsbank zu leiden; sie ist nicht mehr in der Lage, ihre Zinsen zu zahlen. Die Berliner Hypothekbank hat für 1914 so auch in 1915 diese Zinsen vollständig abgeschrieben, und zwar aus ihren Einnahmen. Letzteres beweise, daß die Fundierung der Bank durchaus gesund ist. In diesen Abschreibungen erblicke er überdies eine gute stille Reserve für die Zukunft. Wenn man angesichts dieser Verhältnisse die für 1914 schon um 2 pCt. gekürzte Dividende für 1915, also mitten im Kriege, um ein Prozent erhöhen wollte, so wäre dies höchst unvorsichtig und leichtsinnig. Es sei allerdings richtig, daß die Befürchtungen, die die Hypothekbanken bei Ausbruch des Krieges für den Hausbesitz gehegt haben, sich, Gott sei Dank, nicht bewahrheitet haben. Der Hausbesitz hat sich tapfer gehalten und sogar viel besser als man annehmen konnte. Daß er aber in die Lage gekommen wäre, höhere Zinsen zu zahlen als bisher, das wage doch wohl niemand zu behaupten. Eben mit Rücksicht auf diese ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse habe man eine Dividendenkürzung um 1 pCt. und mit Rücksicht auf die notleidender Immobilien-Verkehrsbank eine Kürzung um ein weiteres Prozent eintreten lassen. Er könne daher nur bitten, den Antrag zurückzuziehen und die Verwaltung darin zu bestärken, daß sie weiter vorsichtig bilanzieren. Eine solche Vorsicht habe sie auch bei der Bewertung der Effekten eintreten lassen und auch hierbei sei auf eine stille Reserve zu rechnen. Geheimerat Budde faßte seine Ausführungen dahin zusammen, daß die Bank durchaus gut fundiert ist und kein Grund zu Besorgnissen für die Aktionäre vorliege.

Nachdem der Aktionär seinen Antrag wieder zurückgezogen hatte, genehmigte die Versammlung, in der ein Kapital von 11 120 000 M. vertreten war, die Jahresrechnung für 1915, setzte die Dividende auf wiederum 4½ pCt. fest, erteilte die Entlastung und wählte in den Aufsichtsrat die ausscheidenden Mitglieder Reichstagspräsidenten Exzellenz Dr. Johannes Kaempf, Geheimes Kommerzienrat Moritz Leiffmann (in Firma B. Simons u. Co. in Düsseldorf), Kommerzienrat Bankdirektor Ernst Michalowsky (Ostbank für Handel und Gewerbe in Posen) und Bankdirektor Georg von Simson (Bank für Handel und Industrie in Berlin) wieder,